

Monika Mathers-Schregenberger
namens der Alternativen Fraktion,
der CSP und der SP
Widenstrasse 26
6317 Oberwil b. Zug

Parlamentarischer Vorstoss GGR	
Eingang	27.1.05
Abgabe an Stadtrat	28.1.05
Abgabe an Dept.	28.1.05
Bekanntgabe im GGR	1.2.05
GK Nr.	

Stadtkanzlei
Stadthaus
6301 Zug

Oberwil, 20. Januar 2005

Interpellation zur Schliessung des Jünglingsheims (Pension Bahnhof)

Das Jünglingsheim ist verkauft und muss auf ende März 2005 geräumt werden. Eine soziale Aufgabe, die seit 1918 eine kirchliche Stiftung übernommen hat, fällt an den Staat zurück. Die Pension Bahnhof war nach der Schliessung des Marienheims der einzige Ort, an dem allein stehende Personen mit einer minimalen Betreuung und sozialen Kontrolle billig wohnen konnten. Diese über 70 Wohnmöglichkeiten werden der Stadt ab nächstem April fehlen.

Neben Fürsorgeempfängern leben auch Personen der untersten Einkommensklasse (z.B. Gastgewerbe) in der Pension Bahnhof. Wenn sie für ihre Unterkunft plötzlich Zuger Preise zahlen müssen, ist die Gefahr gross, dass auch sie sich früher oder später an die Fürsorge wenden müssen.

Es wird davon gesprochen, im Gebäude des Altersheims Waldheim, nach dessen Umzug an die Frauensteinmatt, billige Wohnmöglichkeiten mit einer gewissen sozialen Kontrolle einzurichten. Dasselbe Haus soll laut Motion der FDP auch für junge Erwachsene in Ausbildung (Studenten, Lehrlinge) genutzt werden. Ausserdem werden noch Jahre vergehen, bis das Waldheim wirklich leer stehen wird.

Wir bitten den Stadtrat darum, folgende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Wie viele Fürsorgeempfänger lebten in den letzten 10 Jahren durchschnittlich im Jünglingsheim, und wie viele sind es heute? Gibt es auch Langzeitpensionäre?
2. Ist der Stadtrat bereit, die soziale Aufgabe zu übernehmen (sehr günstige Wohnmöglichkeit mit minimaler Betreuung und Sozialkontrolle), die bis jetzt die kirchliche Stiftung Jünglingsheim erfüllte?
3. Dem Vernehmen nach stellt ein Heim in Luzern 10 Plätze für ehemalige Bewohner der Pension Bahnhof bereit. Weiss der Stadtrat davon und wie stellt er sich zur Frage, dass die immer noch sehr reiche Stadt Zug ihre sozialen Probleme exportiert?
4. Wie viele Sozialhilfeempfänger pro hundert Einwohner leben in Zug im Verhältnis zu andern Schweizerstädten ähnlicher Grösse?

5. Wenn wir bedenken, dass laut statistischem Jahrbuch der Schweiz das durchschnittliche Bruttoeinkommen in der Zentralschweiz Fr. 5'300.-- beträgt, wird sofort klar, dass in unserer Stadt viele Leute leben, für die auch die heute im Bau stehenden „günstigen“ Wohnungen unerschwinglich sind. Was will der Stadtrat in Zukunft für Personen tun, die aufgrund ihrer finanziellen Situation auf sehr günstigen Wohnraum angewiesen sind?
6. Ist der Stadtrat bereit, dem GGR dazu eine konkrete Vorlage zu unterbreiten?

Ich danke dem Stadtrat für die baldige Antwort unserer Fragen.



Monika Mathers-Schregenberger